
Tagungsbericht

Neue Wege für das DIZ – Gedenken weiterdenken in Erinnerung an Habbo Knoch

Veranstalter: Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager e. V.

Datum, Ort: 21.11.2025 – 21.11.2025, Papenburg

Bericht von: Annika Duin, Arbeitsbereich Zeitgeschichte, Universität Bielefeld; Simon Johannes Depkat, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

„Nicht mehr mit, aber nun auch für Habbo.“ – Mit diesen Worten eröffneten Ben Gattermann (Freiburg) und Corinna Bittner (Köln) die Tagung „Neue Wege für das DIZ – Gedenken weiterdenken in Erinnerung an Habbo Knoch“. Der Satz erwies sich als programmatisch für die inhaltliche Ausrichtung der Veranstaltung. Im Zentrum standen zwei Themenfelder, die Knochs persönliches wie akademisches Wirken maßgeblich prägten: einerseits die Geschichte der Gedenkstättenbewegung und ihre Verflechtungen mit zivilgesellschaftlichem Engagement, andererseits die (digitale) Zukunft der Erinnerungsarbeit und damit auch die Perspektiven des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Emslandlager. Über das gemeinsame Gedenken hinaus verfolgte die Tagung das Ziel, die Auseinandersetzung mit vergangenheits- und zukunftsorientierten Fragen der Erinnerungsarbeit weiterzuführen und kritisch zu vertiefen. Knoch war bis zu seinem plötzlichen Tod am 11. Dezember 2024 über Jahrzehnte hinweg eng mit dem DIZ verbunden – sowohl durch seine wissenschaftliche Begleitung als auch sein ehrenamtliches Engagement für den Trägerverein, das Aktionskomitee DIZ Emslandlager e.V. Seit 2001 hatte er dort das Amt des 1. Vorsitzenden inne. Habbo Knoch beschäftigte sich mit NS-Gedenkstätten aus zeithistorischer Perspektive. Aus nächster Nähe begleitete und untersuchte er ihre Entwicklungen von den zivilgesellschaftlich getragenen Anfängen hin zu institutionell verankerten und professionalisierten Gedenkorten. Vor diesem Hintergrund forderte er, dass Gedenkstätten künftig die kritische „Reflexion von Staatsräson, politischem Handeln und [...] Spielräumen der Gestaltung von Gesellschaft“^[1] priorisieren müssten, um „nicht zu Monumenten ihrer eigenen Entstehungsparadigmen zu werden“.^[2] Nur auf diese Weise, so Knoch, ließe sich ein kritisches Geschichtsbewusstsein bei Besucher:innen fördern – besonders in einer Zeit, in der die fortschreitende zeitliche Distanz zu den NS-Verbrechen deren historische Einordnung und erinnerungskulturelle Präsenz zunehmend erklärungsbedürftig mache. Diese kritischen Überlegungen, die bis heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben, wurden in beiden Teilen der Tagung von den Referent:innen wiederholt aufgegriffen und dienten als Ausgangspunkt für Diskussionen über die zivilgesellschaftliche Verankerung der Gedenkstättenbewegung und die zukünftigen Herausforderungen der Erinnerungsarbeit.

CORNELIA SIEBECK (Berlin) problematisierte in ihrem Vortrag zunächst die oftmals positiv konnotierten Überbegriffe Gedenkstätten Geschichte und Zivilgesellschaft, die einer differenzierten konzeptionellen und historischen Analyse bedürften. In Bezug auf die Geschichte der Gedenkstätten(bewegung) konstatierte

sie eine Heterogenität und Ungleichzeitigkeit ihrer Anfänge und Entwicklungen in der Bundesrepublik. Daraus resultiere ein uneindeutiger Begriff von Zivilgesellschaft, die in der Forschung wie in der Erinnerungskultur häufig ganzheitlich – als progressives Gegenstück zum Staat – und damit als Ursprung der Gedenkstättenbewegung eingeordnet werde. Ein solch einseitiges Verständnis greife jedoch zu kurz: Akteur:innen, die etwa 2015 die PEGIDA-Bewegung trugen oder seit dem 7. Oktober 2023 aus proklamierter Solidarität mit Palästina das Gedenken an die Shoah infrage stellten, würden so nicht als Teile von Zivilgesellschaft begriffen, obwohl sie ebenfalls zivilgesellschaftlich organisiert seien und den Begriff für sich beanspruchten. Daher plädierte sie für ein differenziertes Verständnis von Zivilgesellschaften – ausdrücklich im Plural – und für eine genauere Bestimmung der jeweiligen normativen Bindungen zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse. Entscheidend sei nicht die formale Organisationsform, sondern die konkrete Verknüpfung mit spezifischen demokratischen oder antidemokratischen Wertvorstellungen. Laut Siebeck müsse sich im Begriff selbst sowohl das Potenzial produktiven zivilgesellschaftlichen Engagements in der Erinnerungsarbeit als auch die Möglichkeit der Ablehnung eines solchen Engagements widerspiegeln: „Wir brauchen präzisere Begriffe als Zivilgesellschaft, um die Akteure der Erinnerungsarbeit zu benennen.“

In seinem Kommentar zeigte sich DETLEF GARBE (Hamburg) gegenüber der Kritik Siebecks am Zivilgesellschaftsbegriff skeptisch und verwies auf die Handlungsspielräume, die sie in der geschichtspolitischen Gestaltung besitze. Zweifels- ohne dürfe man die Anfänge der Gedenkstättenbewegung und deren zivilgesellschaftliche Verankerung in der Retrospektive nicht verklären. Diesen und weiteren Fragen zur Genese der pluralen bundesrepublikanischen Gedenkstättenlandschaft geht die unter anderem von Habbo Knoch initiierte Gesprächsreihe „Nach der Generation Aufarbeitung – Geschichte, Gegenwart und Zukunft der NS-Gedenkstätten“ weiter nach.^[3] Gleichwohl rückte, so Garbe, der zunächst lokal verankerte und zivilgesellschaftlich organisierte Impuls zur Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen seit den 1990er-Jahren zunehmend ins Zentrum staatlicher Geschichtspolitik. Insgesamt sei jedoch Siebecks Kritik an der Gleichsetzung von Zivilgesellschaft und Progressivität vor dem Hintergrund gegenwärtiger gesellschaftlicher Verschiebungen, etwa hinsichtlich der Akzeptanz universeller Menschenrechte sowie der Unterstützung sozial-ökologisch gerechter Politik, durchaus berechtigt.

JANOSCH STEUWER (Köln) stellte in seinem Kommentar expliziter die Frage nach dem erinnerungspolitischen Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft und argumentierte für eine aktive Selbstbeschränkung institutionalisierter Gedenkstätten als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe an Erinnerungsarbeit. Anstelle eines Verständnisses von Zivilgesellschaft als eigenständigem Träger der Erinnerungsarbeit charakterisierte Steuer sie als Teil eines Abhängigkeitsverhältnisses zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur:innen. Im Zuge der Institutionalisierung und Eingliederung von Gedenkstätten in staatliche Finanzierungsprogramme hätten nichtstaatliche Initiativen gegen Geld und Aufsicht erinnerungspolitisch bedeutsame Aufgaben für den Staat übernommen. Dadurch werde einerseits die gegenseitige Abhängigkeit von Staat und Zivilgesellschaft, andererseits aber auch die einseitige Abhängigkeit der Zivilgesellschaft von staatlicher Förderung deutlich. Außerdem bemerkte Steuer, dass sich seit den Anfängen der

Gedenkstättenbewegung das spezifische Wissen über den jeweiligen Ort und dessen Einbettung in die Strukturen des NS-Regimes immer weiter ausdifferenziert habe. Dies führe zu höheren Einstiegshürden, sodass eine reflektierte Selbstbeschränkung institutionalisierter Gedenkstätten notwendig sei, um Räume für andere Akteur:innen offen zu halten. Digitale Angebote eröffneten beispielsweise neue Möglichkeiten für Kooperationen. Diese Forderung hätte Knoch wahrscheinlich unterstützt, da er die Professionalisierung der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit stets auch im Hinblick auf die Möglichkeiten ehrenamtlich getragener Initiativen kritisch begleitete.

Die Tagung widmete sich jedoch nicht nur den zivilgesellschaftlichen Einflüssen auf die Geschichte von Gedenkstätten, sondern richtete den Blick zugleich auf die Zukunft der Erinnerungsarbeit. Habbo Knoch, den alle Referent:innen als bedeutenden Bezugs- und Motivationspunkt ihres eigenen Wirkens benannten, verstand das reflexive Nachdenken über Form, Ausrichtung und Verantwortung von Gedenken und Gedenkstätten stets als ein zentrales, ja verpflichtendes Anliegen.^[4]

In ihrem einführenden Impuls betonte auch ELKE GRYGLEWSKI (Celle) die Notwendigkeit einer zukunftsorientierten Erinnerungsarbeit, die sie als „Aneignung von Wissensbeständen zur Geschichte des Nationalsozialismus“ definierte. Sie beschrieb eine in den letzten Jahren zunehmende Diskrepanz zwischen dem abnehmenden öffentlichen Wissen über den NS-Staat und seine Gewaltverbrechen und einer an Dynamik gewinnenden Forschung in den Gedenkstätten. Dafür machte sie insbesondere politische Akteur:innen verantwortlich, die das ‚Weltmeisternarrativ‘ der deutschen Erinnerungskultur fortschrieben, ohne daraus verbindliche praktische Konsequenzen zu ziehen. Solche Selbstzuschreibungen trügen weder zur Eindämmung der Normalisierung rechter Positionen in der Gesellschaft bei, noch ließen sich mit ihnen Erwartungen an Gedenkstätten als moralische ‚Läuterungsanstalten‘ auflösen. Stattdessen plädierte sie dafür, der gesellschaftlichen Vielfalt stärker Rechnung zu tragen, die Arbeit der Gedenkstätten an ihren jeweiligen lokalen Profilen auszurichten und zielgruppenspezifische Formate zu entwickeln. Eine zentrale Voraussetzung sei, dass neben Betroffenenperspektiven auch Täter:innenschaft fokussiert werde, um die Dynamiken des nationalsozialistischen Radikalisierungs- und Vernichtungsprozesses für alle Besucher:innen sichtbar zu machen. Gedenkstätten müssten, so Gryglewski abschließend, „Räume sein, die Perspektiven öffnen“.

In ihrer Replik schloss sich STEFFI DE JONG (Trondheim) Gryglewskis Überlegungen zur Definition von Erinnerungsarbeit an und hob zugleich hervor, dass diese Einigkeit im einschlägigen Forschungsfeld ein vergleichsweise junges Phänomen darstelle. Es gehe auf einen „Wendepunkt der Erinnerungskultur“ zurück, der maßgeblich durch das Verschwinden der letzten Zeitzeug:innen ausgelöst worden sei. Über lange Zeit habe man sich auf deren individuelle Erinnerungen verlassen und angenommen, diese könnten bei den Rezipient:innen automatisch Reflexionsprozesse anstoßen, was häufig zu einseitiger Opferidentifikation und damit Distanzierung von Täter:innen geführt habe. Erinnerungsarbeit müsse daher weniger als passive Rezeption, sondern vielmehr als aktive, mitunter auch unbequeme Praxis verstanden werden, die sich neuen Themenkomplexen öffne. Dazu zählten nach de Jong die Einbeziehung von Täter:innenperspektiven sowie die Frage, wie sich eine vormals demokratisch verfasste Gesellschaft nach 1933 derart

radikalisieren konnte. Mit Blick auf zukünftige Herausforderungen bekräftigte sie ebenfalls die Notwendigkeit, dass sich Erinnerungsakteur:innen neuen Formaten und Zielgruppen öffnen müssten. Gerade rechte Bewegungen hätten neue Medien historisch wie gegenwärtig frühzeitig und strategisch genutzt. Vor diesem Hintergrund sei es unerlässlich, sich auch mit Technologien wie Künstlicher Intelligenz und Virtual Reality auseinanderzusetzen und Entwickler:innen dabei durch historische Expert:innen zu begleiten, um eine würdige Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischer Gewalt sicherzustellen.

Zuletzt stellte CAROLA RUDNICK (Lüneburg) ihre Ansätze zur Zukunft der Erinnerungsarbeit vor, die sie am Beispiel der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg konkretisierte. Aus ihrer Sicht bedarf es vor allem struktureller Reformen, um die heterogene Gedenkstättenlandschaft in Niedersachsen langfristig zu sichern. Verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, die politische Richtungswechsel überdauern, seien ebenso wichtig wie eine stärkere Kooperation zwischen Forschung und Gedenkstätten, die auch der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses diene. Darüber hinaus sollten Gedenkstätten jenseits eines ausschließlich mahnenden Auftrags Orientierung bieten, Netzwerke aufbauen und Reflexion über Werte, Demokratie und Menschenrechte ermöglichen. Ähnlich wie de Jong sprach sie sich deshalb für eine zeitgemäße und produktive Einbindung Künstlicher Intelligenz in Forschung, Archivierung und Sammlung aus. Auf diese Weise ließen sich Fehlentwicklungen vermeiden, während digitale Systeme als Ressource für innovative Forschungsprojekte nutzbar würden. Gedenkstätten sollten sich, so resümierte Rudnick, gleichermaßen der Stärkung von Selbstwirksamkeit und „Empowerment“ ihrer Besucher:innen wie auch der Legitimation aus der Geschichte der Verbrechen verpflichtet sehen. Ermöglicht werde dies durch niedrigschwellige, inklusive Zugänge sowie eine Diversifizierung der Vermittlungsformate für heterogene Zielgruppen – etwa durch kulturelle Angebote wie Filmveranstaltungen, wie sie in Lüneburg bereits praktiziert werden.^[5]

Trotz konträrer und teils scharf diskutierter Positionen, die den Tagungsverlauf begleiteten und von Bittner und Gattermann zum Abschluss gebündelt aufgegriffen wurden, zeigte sich ein verbindendes Leitmotiv: Gedenken und Erinnerungsarbeit verlangen einen aktiven, konfliktfähigen und kontextsensiblen Umgang. Der Zivilgesellschaft kommt dabei ebenso eine zentrale Bedeutung zu wie der Interaktion der Erinnerungsakteur:innen mit ihr. Im Verlauf der Veranstaltung kristallisierte sich die Vision heraus, historische Komplexität künftig deutlicher sichtbar zu machen, Gegenwartsbezüge nicht zu scheuen und die eigene Verantwortung offen zu reflektieren. Konkurrenzen auszuhalten und Synergien zu nutzen wurde als gemeinsame Zielsetzung benannt – nicht zuletzt, um der realen Gefahr eines Wiedererstarkens autoritärer und menschenverachtender Denk- und Handlungsmuster gemeinsam entgegenzuwirken. Diesen Anspruch hatte Knoch bereits in seinem 2020 erschienenen Buch „Geschichte in Gedenkstätten“ formuliert: „Verstehen wir eine demokratische und liberale Gesellschaft seit 1945 als Antwort auf die nationalsozialistischen Verbrechen und andere Diktaturen, so dient die von einem breiten gesellschaftlichen Engagement getragene, dezentrale und pluralistische Erinnerungsarbeit als wesentliches Momentum, um die realistische Gefahr einer Wiederkehr der Zerstörung von Freiheit, Selbstbestimmung und Würde zu bannen.“^[6]

In tiefer Trauer um seinen viel zu frühen Tod, in großer Dankbarkeit für seine persönliche Zugewandtheit und intellektuelle Gestaltungskraft sowie mit dem Anspruch, Habbo Knochs Wirken weiterzuführen, setzte die Tagung damit nachdrückliche Impulse dafür, das Gedenken weiterzudenken.

Konferenzübersicht

Corinna Bittner (Köln) und Ben Gattermann (Freiburg): Begrüßung und Einleitung

Panel 1: Gedenkstättengeschichte und Zivilgesellschaft

Corinna Bittner (Köln): Moderation der Diskussion

Cornelia Siebeck (Berlin): Impuls

Detlef Garbe (Neuengamme) / Janosch Steuwer (Köln): Kommentare

Panel 2: Zukunft der Erinnerungsarbeit

Ben Gattermann (Freiburg): Moderation der Diskussion

Elke Gryglewski (Celle): Impuls

Steffi de Jong (Trondheim) / Carola Rudnick (Lüneburg): Kommentare

Abschlussdiskussion

Anmerkungen:

- [1] Habbo Knoch, Wohin, Gedenkstätten? Ein Plädoyer für mehr Selbstkritik und Mitgestaltung, in: GedenkstättenRundbrief Nr. 178 (2015), S. 3-8, hier S. 8.
- [2] Ebd.
- [3] Vgl. o. V., Nach der „Generation Aufarbeitung“ – Geschichte, Gegenwart und Zukunft der NS-Gedenkstätten, in: Nach der Generation Aufarbeitung, <https://www.nachdergenerationaufarbeitung.de> (25.01.2026).
- [4] Vgl. Knoch, Wohin, Gedenkstätten?, S. 7f.
- [5] Vgl. o. V., „Euthanasie“-Gedenkstätte: Sebastian Koch besucht Lüneburg, in: Norddeutscher Rundfunk, https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/euthanasie-gedenkstaette-schauspieler-sebastian-koch-in-lueneburg,euthanasie-100.html (10.01.2026).
- [6] Habbo Knoch, Geschichte in Gedenkstätten, Theorie – Praxis – Berufsfelder, Tübingen 2020, S. 214.

Zitation

Annika Duin / Simon Depkat, Tagungsbericht: *Neue Wege für das DIZ – Gedenken weiterdenken in Erinnerung an Habbo Knoch*, in: H-Soz-Kult, 18.04.2026, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-161506>